

Einkommensveränderungen von Familien rund um die Geburt von Kindern in Deutschland zwischen 1985 und 2004

Alexander Schulze

Zusammenfassung: Während der Verlauf und die Ursachen des Geburtenverhaltens intensiv erforscht wurden, sind die finanziellen Folgen einer Geburt empirisch kaum beachtet worden. Daher werden hier kurzfristige Wohlstandsveränderungen von Familien (hinsichtlich verfügbarem Haushaltseinkommen und Äquivalenzeinkommen) rund um die Geburt eines Kindes in längsschnittlicher Perspektive analysiert und auf ihre Ursachen untersucht. Zu diesem Zweck wurden die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (1984-2005) mittels Fixed-Effekt-Panelregressionsmodellen analysiert. Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass die finanziellen Folgen einer Geburt in den letzten Jahren deutlich gewachsen sind und vor allem das erste Kind ein überproportionales Wohlstandsrisiko darstellt, während weitere Kinder selten erhebliche Wohlstandsveränderungen bedingen. Negative finanzielle Konsequenzen treten zudem nur in Doppelverdienerhaushalten auf und betreffen die oberen Schichten der Gesellschaft am stärksten. Die Ergebnisse decken damit einen gewissen Modifikationsbedarf der staatlichen Familienleistungen auf. Neben der Bereitstellung adäquater infrastruktureller Rahmenbedingungen, die es Müttern erlauben erwerbstätig zu bleiben, sollten vor allem die Auszahlungen zum Kindergeld im Vergleich zur gegenwärtigen Praxis erhöht und mit Blick auf die Ordnungszahl des Kindes neu angepasst werden.

Schlagwörter: Fertilität · Familie · Kosten · Fixed-Effects · Familienpolitik ·
Paarhaushalte

1 Einleitung

Mit der Geburt eines Kindes sind zahlreiche Prozesse verbunden, die einen erheblichen Einfluss auf die Positionierung der Familien im sozioökonomischen Gefüge der Gesellschaft haben. Zum einen müssen einige Haushalte aufgrund der Geburt auf ein Erwerbseinkommen verzichten (Einkommenseffekt). Zum anderen entstehen

Kosten durch Aufwendungen für den Lebensunterhalt des Kindes (Bedarfslagen-effekt). Entsprechend belegen zahlreiche Arbeiten, dass in Deutschland Familien mit Kindern im Vergleich zu kinderlosen Haushalten hinsichtlich des bedarfsge-wichteten Äquivalenzeinkommens (ein Wohlstandsindikator, der das Haushaltsein-kommen nach Haushaltsgröße und Altersstruktur der Familie adjustiert) schlechter gestellt sind und Familien mit steigender Kinderzahl zunehmend Gefahr laufen, in materiell prekäre Lagen zu geraten (*U.S. Census Bureau 2006; Statistisches Bun-desamt 2007*). So verfügten beispielsweise Paarhaushalte mit einem Kind im Jahr 2005 monatlich über 1.200 Euro Äquivalenzeinkommen, während das entsprechen-de Einkommen von Paarhaushalten mit zwei Kindern 1.108 Euro und das von Paar-haushalten mit drei Kindern 994 Euro betrug (*Schulze 2009*). Im Gegensatz dazu verfügten kinderlose Paarhaushalte im Jahr 2005 durchschnittlich über ein Äqui-valenzeinkommen in Höhe von monatlich 1.354 Euro. Dies belegt, dass Kinder ein erhebliches sozioökonomisches Risiko für die betroffenen Haushalte darstellen und Familien mit steigender Kinderzahl zunehmend Gefahr laufen, in materiell prekäre Lagen zu geraten (*Bäcker 2003*).

Allerdings ist die Interpretation dieses querschnittlichen Vergleiches des Wohl-standsniveaus von Haushalten mit unterschiedlicher Kinderzahl problematisch, sofern die Einkommensunterschiede als Beleg für die mit Kindern verbundenen „Kosten“ herangezogen werden: Denn bei der Analyse von Periodendaten wird ei-nerseits ausschließlich die wirtschaftliche Lage von verschiedenen Haushalten zu einem Zeitpunkt irgendwann nach der Geburt der Kinder berücksichtigt. Es werden also Familien miteinander verglichen, die sich in verschiedenen Familienphasen befinden (also Kinder unterschiedlichen Alters haben). Andererseits fehlt zur Be-stimmung der unmittelbaren und zurechenbaren sozioökonomischen Konsequenzen einer Geburt der Kontrast zur wirtschaftlichen Situation der Haushalte vor dem Geburtseignis. Ohne Kenntnisse über die sozioökonomische Ausgangslage der Familien sind Aussagen über die mit der Geburt verbundenen wirtschaftlichen Kon-sequenzen aber nicht möglich (*Kalwij 2005; Klein 1987*). Bei Periodendaten stellt sich die Frage, ob Unterschiede im Einkommens- und Wohlstandsniveau zwischen Haushalten mit einer unterschiedlichen Kinderzahl direkt durch Einkommens- und Bedarfseffekte der Kinder hervorgerufen werden oder ob der Haushalt bereits vor der Geburt arm war (z.B. wegen Selektionseffekten in die Fertilität)¹. D.h. mit Perio-dendaten ist es zwar möglich, die Einkommenssituation der Haushalte darzustellen, die Ursachen der Einkommensveränderungen einzelner Haushalte im Zeitverlauf bzw. der Einkommensunterschiede zwischen verschiedenen Haushaltsformen kön-nen jedoch nicht erschöpfend aufgeklärt werden.

Um die genannten Probleme zu vermeiden, liegt der Schwerpunkt des vorliegen- den Beitrags daher auf einer *längsschnittlichen* Analyse der Einkommensverläufe von Haushalten. Damit kann über den Vergleich der Einkommenssituation vor und

¹ Internationale Befunde zeigen z.B. übereinstimmend, dass hochqualifizierte bzw. erwerbstätige Frauen geringere Fertilitätswahrscheinlichkeiten aufweisen als andere Frauen (*Schröder/Brü-derl 2008; Budig 2003*).

nach der Geburt eines Kindes der sich direkt (unter Einbeziehung aller anfallenden monetären Zu- und Abflüsse) ergebende Einkommensunterschied durch das Geburtseignis ermittelt werden. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, die unmittelbar im Anschluss an eine Geburt entstehenden geburtsbedingten Einkommens- und Wohlstandsrisiken zu identifizieren und ihr Ausmaß gemäß der Ordnungszahl der Kinder, dem Geburtsjahr des Kindes, dem Erwerbsprofil der Eltern vor der Geburt sowie der Schichtzugehörigkeit der Haushalte zu quantifizieren.

Um die genannten Fragen angemessen diskutieren zu können, werden zunächst die Rahmenbedingungen der deutschen Familienpolitik diskutiert (Abschnitt 2). Danach wird auf theoretische Ansätze eingegangen, die zur Erklärung der wirtschaftlichen Konsequenzen von Kindergeburten herangezogen werden können (Abschnitt 3). An die nachfolgende Erläuterung der methodischen Konzepte und der angewandten statistischen Verfahren (Abschnitt 4) schließt sich die Darstellung der Ergebnisse an (Abschnitt 5). Hierzu werden Fixed-Effects-Panelregressionsmodelle auf Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) präsentiert. Abschließend werden Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen gezogen und Konsequenzen für die deutsche Familienpolitik diskutiert (Abschnitt 6).

2 Rahmenbedingungen in der deutschen Familienpolitik

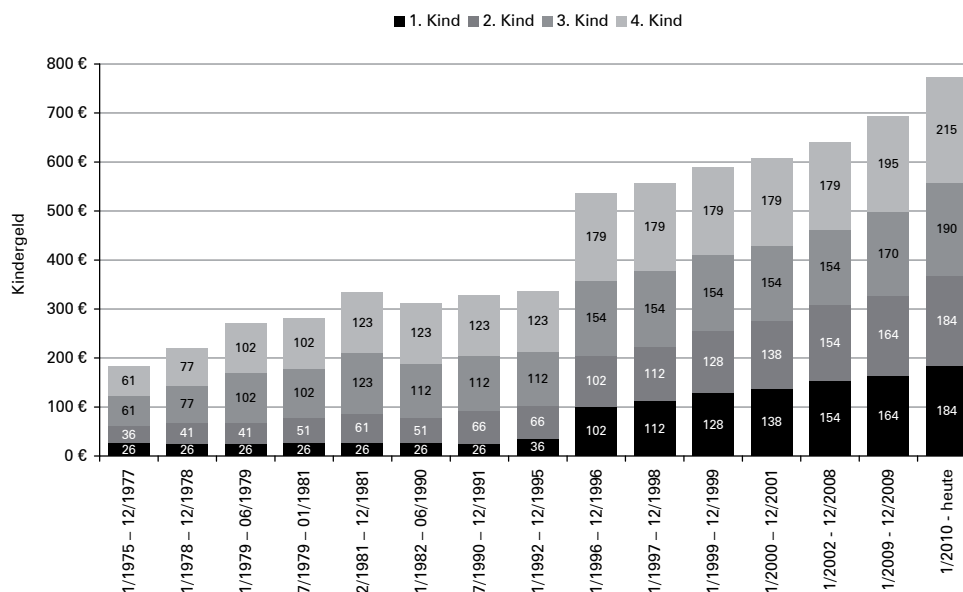
Angesichts niedriger Geburtenraten unterhalb des Reproduktionsniveaus (*U.S. Census Bureau* 2004), einer im internationalen Vergleich niedrigen Erwerbsbeteiligung von Müttern (*Statistisches Bundesamt* 2005) sowie einer erheblichen sozioökonomischen Schlechterstellung von Familien (*Schulze* 2009) wird derzeit in Deutschland allen Bereichen einer umfassenden Familienpolitik hohe Aufmerksamkeit zuteil. Während der Staat die Kindererziehung bislang vor allem finanziell alimentiert hat, um die ökonomischen Folgen von Kindern zu kompensieren, werden zunehmend Wege zu einer nachhaltigen Familienpolitik umgesetzt (z.B. Ausbau von Kinderkrippen und Kindergärten), die auf die Förderung der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern sowie auf die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ausgerichtet sind.

Trotz der bekannten Defizite im Bereich infrastruktureller und arbeitsmarktpolitischer Rahmenbedingungen für die Familien ist allerdings davon auszugehen, dass auch die bestehenden Geldleistungen des Staates weiterhin einen zentralen Grundpfeiler der deutschen Familienpolitik bilden werden. Vor allem für Familien mit neugeborenen Kindern sind die finanziellen Kompensationen des Staates von besonderer Bedeutung, da die meisten Eltern (Mütter) ihr Kind während der ersten zwölf Lebensmonate selber betreuen wollen (*Bien et al.* 2007). Insofern wäre auch ein noch so gut gemeinter Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten für Kinder *im ersten* Lebensjahr allenfalls von begrenzter Wirksamkeit bei der Vermeidung/Verminderung kurzfristiger geburtsbedingter Einkommensverluste. Während also infrastrukturelle Maßnahmen mittel- und langfristig bedeutsam sind, sind finanzielle Transferleistungen für Familien mit Kindern insbesondere unmittelbar nach der Geburt von erhöhter Bedeutung.

Da die folgenden Analysen ausschließlich die kurzfristigen Einkommenskonzurrenzen der Geburt beleuchten, werden nur die diesbezüglich relevanten familienpolitischen Förderbestände diskutiert. Hierzu gehören das Kindergeld, das Erziehungsgeld bzw. mittlerweile das Elterngeld.

Kindergeld: Das Kindergeld ist das Hauptinstrument der deutschen Familienpolitik, um die Lebensunterhaltskosten eines Kindes auszugleichen. Erstmals Kindergeld erhalten haben Familienhaushalte mit drei und mehr Kindern im Jahr 1955. Im Zeitverlauf wurden dann auch zweite Kinder (1961) und schließlich erste Kinder (1975) berücksichtigt, so dass mittlerweile für jedes Kind ein Kindergeld ausgezahlt wird.² Die *Höhe* des Kindergeldes ist dabei ausschließlich abhängig von der Ordnungszahl des Kindes, d.h. das Kindergeld ist eine allgemeine, gleich hohe und nur nach der Kinderzahl gestaffelte (in ihrer Höhe einkommens- und altersunabhängige) Auszahlung an die Haushalte mit Kindern (*Hohnerlein*, 2000). Nach mehrmaligen Erhöhungen seit der Einführung beträgt das Kindergeld für das erste und zweite Kind derzeit 184 Euro im Monat bzw. 190 Euro für das dritte und 215 Euro für das vierte und jedes weitere Kind. Damit ist das Kindergeld aktuell für das vierte Kind etwa dreimal so hoch und für das erste Kind sogar sechsmal so hoch wie im Jahr 1975 (vgl. Abb. 1).

Abb. 1: Entwicklung des Kindergeldes in Deutschland seit 1975



Datenquelle: Zusammenstellung aus verschiedenen Jahrgängen des Statistischen Taschenbuches des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, 2007

² Etwa 90 Prozent der deutschen Familienhaushalte beziehen Kindergeld. Die anderen 10 % nutzen die aus den sog. Kinderfreibeträgen resultierenden (höher anzusetzenden) Steuererleichterungen.

Trotz der überproportionalen Verbesserung der Kindergeldzahlungen für erste und zweite Kinder zeigt der Rückblick auf die Entwicklung des Kindergeldes, dass stets kinderreiche Familien im Mittelpunkt des politischen Interesses standen, d.h. für erste Kinder wurde absolut das Wenigste gezahlt, für jedes weitere Kind mehr. Diese Diskrepanz zu Ungunsten von Familien mit wenigen Kindern hat sich mittlerweile zwar vermindert, dennoch werden nach wie vor beispielsweise dritte Kinder höher prämiert als das zweite oder auch erstgeborene Kind. Da das Kindergeld explizit als Kompensation für die *individuellen* Bedarfslagen der Kinder ausgezahlt wird, impliziert diese Zahlungspraxis steigende Bedarfslagen der Kinder mit der Ordnungszahl des Kindes.

Erziehungsgeld: Zusätzlich zum Kindergeld wurde bis 2006 das sog. Erziehungsgeld ausgezahlt. Im Unterschied zum Kindergeld war das Erziehungsgeld eine einkommensabhängige Familienleistung. Erziehungsgeld konnte beziehen, wer nicht vollzeitbeschäftigt war, d.h. nicht mehr als 30 Stunden pro Woche einer Erwerbsarbeit nachging und dessen Haushaltseinkommen unterhalb definierter Einkommensgrenzen lag (z.B. für den Bezug des Regelsatzes 30.000 Euro bei Paaren mit einem Kind und 23.000 Euro bei Alleinerziehenden mit einem Kind).³ Die *Bezugsdauer* des Erziehungsgeldes ist dabei von ursprünglich 10 Monaten auf zuletzt 24 Monate verlängert worden. Demgegenüber sind die Höhe des Erziehungsgeldes (300 Euro) und die zu berücksichtigenden Einkommensgrenzen seit der Einführung *nicht* angehoben worden. Allerdings bestand seit dem Jahr 2001 die Möglichkeit, eine „Budgetvariante“ zu wählen. Wenn sich die Eltern hierfür entschieden, betrug das Erziehungsgeld monatlich maximal 450 Euro, der Anspruch auf Erziehungsgeld endete dann aber mit der Vollendung des zwölften Lebensmonats des Kindes.

Elterngeld: Im Januar 2007 wurde das sog. *Elterngeld* eingeführt, welches realisierte Einkommensverluste durch die vorübergehende Unterbrechung einer Erwerbstätigkeit besser kompensieren soll und die bestehenden geringeren Zahlungen des Erziehungsgeldes ablöst. Das Elterngeld beträgt grundsätzlich 67 Prozent des früheren Nettogehalts, jedoch maximal 1.800 Euro pro Monat. Ein Mindestbetrag von 300 Euro (Regelsatz des Erziehungsgeldes) wird unabhängig von einer vorherigen Erwerbstätigkeit gezahlt. Sind beide Elternteile berufstätig, kann ein Partner bis zu zwölf Monate lang Elterngeld erhalten. Zwei weitere Monate kommen hinzu, wenn der andere Elternteil eine Auszeit vom Beruf nimmt. Die deutsche Familienpolitik hat damit, ein an skandinavische Modelle angelehntes, Familieninstrument geschaffen, das das Recht auf eine Auszeit beider Eltern zur Kinderbetreuung fördert und unterstützt. Zusätzlich zeigen erste Simulationen (*Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2006*), dass durch die Einführung des Elterngeldes die kurzfristigen finanziellen Folgen einer Geburt tatsächlich besser kompensiert werden als durch das Erziehungsgeld, wobei erstmals auch einkommensstarke Haushalte ausdrücklich von der staatlichen Familienpolitik profitieren.

³ Lag das Einkommen für die ersten sechs Lebensmonate über diesen Grenzen, bestand kein Anspruch auf den Bezug von Erziehungsgeld, lag es ab dem siebenten Monat darüber, wurde das Erziehungsgeld gemindert.

3 Spezifizierung von Forschungshypothesen

Obwohl vielfältige Verursachungszusammenhänge wohlstandsbezogener Auf- und Abstiege von Haushalten existieren, können die allermeisten Ursachen einem von insgesamt vier Ursachenmustern zugeordnet werden (*Berntsen* 1989). Bei diesen vier Verursachungskomplexen handelt es sich um Lebensereignisse, die (a) zu einer Veränderung der Erwerbsbeteiligung (z.B. durch Verrentung) oder (b) zu einer Veränderung der Höhe des Erwerbseinkommens (z.B. durch Weiterbildung) führen bzw. (c) einen rechtlich gesicherten Anspruch auf staatliche Transferleistungen begründen (z.B. durch Arbeitslosigkeit) und (d) aufgrund einer veränderten Haushaltsgröße (bzw. Bedarfssituation) eine Neu- und Umverteilung der vorhandenen monetären Ressourcen auf die Haushaltsmitglieder nötig machen (z.B. durch Scheidung der Eltern).

Betrachtet man diese vier Kategorien in Bezug auf die Fertilität, dann wird deutlich, dass die Geburt eines Kindes in jeder der aufgeführten Beziehungen von Bedeutung ist. Erstens haben Kinder einen bedeutsamen Einfluss auf die Möglichkeit der Eltern erwerbstätig zu sein (*Schröder/Brüderl* 2008; *Kenjoh* 2005). Zweitens ist eine geburtsbedingte Unterbrechung der Erwerbstätigkeit bei Müttern häufig mit Einbußen in der Lohnhöhe nach der Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit verbunden (*Kunze/Ejrnaes* 2004; *Budig/England* 2001). Umgekehrt steigern Väter in der Regel ihre individuellen Erwerbseinkommen, da die Geburt eines Kindes bei ihnen im Durchschnitt mit einer erhöhten Arbeitszeit und erhöhten Stundenlöhnen assoziiert ist (*Kaufman/Uhlenberg* 2000). Drittens initiiert die Kindergeburt einen rechtlich gesicherten Anspruch auf eine staatliche Familienförderung und viertens bedingt die Geburt eine Haushaltsvergrößerung und damit eine Steigerung der Bedarfslage des Haushalts. Insgesamt müssen die finanziellen Folgen einer Kindergeburt also (a) sowohl mit der veränderten Höhe und Zusammensetzung der den Haushalten zufließenden Einkommen begründet werden (neue Allokation der Einkommen auf den Haushalt), als auch (b) mit den neuen Kosten für den Lebensunterhalt des Kindes (neue Distribution des Haushaltseinkommens auf die Haushaltsmitglieder). Die Frage ist nun, welche Merkmale der Familie mit diesen beiden Faktoren verknüpft sind.

Erwerbsstatus der Eltern vor der Geburt: Bekanntermaßen sind vor allem die zeitlichen Anforderungen der Elternschaft für die finanziellen Konsequenzen einer Geburt relevant. Argumentativer Ausgangspunkt neoklassischer Theorien der Fertilität (*Becker* 1981) ist hierbei, dass die Realisierung des Kinderwunsches und die Ausübung einer Erwerbstätigkeit in signifikantem Umfang Lebenszeit in Anspruch nehmen und daher beide Lebensbereiche stark um die zeitlichen Ressourcen der Haushaltsmitglieder konkurrieren. Hiermit werden die sog. Opportunitätskosten der Fertilität begründet, welche in der Regel dasjenige Erwerbseinkommen umfassen, das die Eltern (meistens die Mütter) während der Kinderbetreuung nicht verdienen können. Da in Deutschland zudem nur wenige Möglichkeiten zur Externalisierung der Zeitkosten der Kindererziehung (z.B. Kindergärten), insbesondere für Kinder unter einem Jahr vorhanden sind bzw. für Neugeborene nur selten (1 %) überhaupt eine außerfamiliäre Betreuung von den Eltern gewünscht wird (*Bien et al.* 2007),

sind kurzfristige individuelle Einkommensverluste aus einer Erwerbstätigkeit (vor allem für die Mütter) kaum zu vermeiden.

Allerdings stellen neoklassische Theorien *nicht* in Rechnung, dass das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf kein individuelles, sondern ein haushaltsbezogenes Problem ist, da Geburtsentscheidungen in der Regel innerhalb einer Partnerschaft gefällt und Zeitbudgets im Haushaltskontext verhandelt werden. Einkommensverluste in Folge der beschränkten Erwerbsmöglichkeiten eines Elternteils (der Mutter) durch die Geburt eines Kindes sind demnach nicht Folge individueller Vereinbarkeitsprobleme sondern haushaltsbezogener Zeitkonflikte (Ott 1989). Solch ein haushaltsbezogener Zeitkonflikt existiert allerdings nur, wenn *beide* Elternteile vor der Geburt erwerbstätig waren. Wenn (mindestens) ein Elternteil bereits vor der Geburt arbeitslos war oder aus anderen Gründen kein reguläres Erwerbseinkommen bezogen hat, dann muss der Haushalt nicht auf ein Erwerbseinkommen verzichten, da keine haushaltsbezogenen Opportunitätskosten existieren. Anders ausgedrückt: Wenn bereits ein Elternteil *vor* der Geburt nicht erwerbstätig war, dann muss der Haushalt auch nicht (kurzfristig) *durch* die Geburt auf ein Erwerbseinkommen verzichten:

(H1) Negative Konsequenzen einer Kindergeburt sind auf Paarhaushalte begrenzt, in denen bereits vor der Geburt beide Eltern erwerbstätig waren (da in anderen Fällen kein haushaltsbezogener Zeitkonflikt zwischen Erwerbstätigkeit und Kindererziehung besteht).

Geburtsjahr des Kindes: Beachtet man das paarbezogene Erwerbsprofil der Eltern, dann muss auf makrosoziologischer Ebene allerdings auch berücksichtigt werden, dass in der Folge des sozialen Wandels und der Modernisierung der Gesellschaft (etwa als Ergebnis der gestiegenen Bildung) heute häufiger beide Partner gleichzeitig vor der Geburt erwerbstätig sind. Überdies hat z.B. die Bildungsexpansion die durchschnittlichen Kosten der Kindergeburt erhöht, da aufgrund des gestiegenen Humankapitals ebenfalls die durchschnittlichen Erwerbseinkommen der Frauen gewachsen sind. Beide Faktoren bewirken einen Anstieg der haushaltsbezogenen Opportunitätskosten im Zeitverlauf und führen damit (im Durchschnitt) zu steigenden finanziellen Belastungen durch die Geburt eines Kindes. Im Zuge des sozialen Wandels der Gesellschaft hat gleichzeitig auch ein nennenswerter Aufschub der Kindergeburten hin zu höheren „Mütteraltern“ stattgefunden (Engstler/Mening 2003; Kreyenfeld 2002). Neben der gestiegenen Dauer, die Frauen heute im Bildungssystem verbringen, hat hierzu maßgeblich die Tatsache beigetragen, dass die weibliche Erwerbsphase aufgrund der besseren Arbeitsmarktchancen in zunehmendem Maße unmittelbar an die Ausbildungsphase angeschlossen wird. Auch dieser Alterseffekt hat die Opportunitätskosten der Kindererziehung im Zeitverlauf erhöht, beispielsweise wegen einkommensrelevanter Senioritätseffekte (Berufserfahrung etc.).

Ferner ist mit Blick auf die mit dem Kalenderjahr gestiegenen geburtsbedingten Einkommensrisiken wichtig, dass dieses Risiko zusätzlich immer schlechter durch staatliche Transferzahlungen abgesichert wurde, insofern die finanziellen Leistun-

gen des Staates in keiner Weise den beschriebenen gesellschaftlichen und insbesondere sozioökonomischen Trends gefolgt sind und die staatlichen Leistungen *keine* auch nur annähernde Anpassung an die allgemeine Einkommens- und Preisentwicklung erfahren haben. Zusammengenommen dürften die angesprochenen Effekte in erheblichen Unterschieden der geburtsbedingten Einkommenskonsequenzen im Vergleich der Geburtsjahre kumulieren.

(H2) Geburtsbedingte Verluste des Haushaltseinkommens steigen mit dem Geburtsjahr des Kindes (da sich einerseits die haushaltsbezogenen Opportunitätskosten in Folge der besseren Arbeitsmarktchancen von Frauen und der höheren Gebäralter der Mütter im Zeitverlauf erhöht haben und andererseits diesen erhöhten Risiken nicht durch adäquat steigende staatliche Transferleistungen für Familien begegnet wurde).

Ordnungszahl des Kindes: Neben den bisher angesprochenen Zusammenhängen ist eine weitere zentrale These dieser Arbeit die Abnahme der geburtsverursachten Erwerbsverluste mit steigender Ordnungszahl der Geburt. Zur Begründung dieser These sind zwei Argumente zentral. Erstens sind die unterschiedlichen Bedarfslageneffekte von Kindern unterschiedlicher Ordnungszahl bedeutsam. Zweitens sind die unterschiedlichen Erwerbsprofile von Eltern mit unterschiedlicher Kinderanzahl relevant.

Bezüglich des letzteren Fokus bieten theoretische Argumente zur häuslichen Arbeitsteilung von Paaren einen guten Ausgangspunkt. Beispielsweise argumentiert *Becker* (1981), dass kinderlose Paare häufig noch keine abschließende Entscheidung über die Arbeitsteilung im Haushalt getroffen haben und zunehmend doppelerwerbstätig sind. Mit der Geburt des ersten Kindes beginnt allerdings ein Aushandlungsprozess zwischen den Eltern zur Aufteilung der häuslichen Verpflichtungen, der durch den geburtsbedingt erzeugten haushaltsbezogenen Zeitkonflikt zwischen Berufstätigkeit beider Partner und der Kinderbetreuung erzwungen wird (*Ott* 1989). Als Ergebnis dieses Prozesses entstehen nun relativ stabile arbeitsteilige Verpflichtungen (*Schulz/Blossfeld* 2006), denen zufolge z.B. ein Partner (zumeist der Vater) nach der Geburt erwerbstätig ist und der andere Partner (zumeist die Mutter) die Kinderbetreuung übernimmt (male-breadwinner model). Die durch die erste Geburt initiierte relativ dauerhafte Transformation von einem (potenziellen) Doppelverdienerhaushalt in einen (faktischen) Einverdienerhaushalt senkt nun die haushaltsbezogenen Opportunitätskosten weiterer Geburten erheblich, da ein Partner vor der Geburt weiterer Kinder aufgrund der ersten Geburt bereits nicht mehr ökonomisch aktiv ist. Hierfür spricht auch der empirische Befund, dass die Familienerweiterung ein sequenzieller Prozess ist, bei dem die Geburten in relativ *kurzen* Abständen (1-3 Jahre) aufeinander folgen (*Birg et al.* 1990; *Kreyenfeld* 2002). Der sog. Kompressionseffekt, also die immer schnellere Abfolge der Geburten innerhalb eines engen Zeitfensters, ist somit Ausdruck der zeitlichen Passung weiterer Geburten in die bereits durch vorausgegangene Geburten erzwungene Erwerbslosigkeit eines Elternteils (*Schmitt* 2007). Die im Durchschnitt in Rechnung zu stellenden Verluste aus entgangenem Arbeitseinkommen sind deshalb bei der Geburt des ersten Kindes am

höchsten (*Schulz/Blossfeld 2006*), da hier eine Einschränkung der Erwerbstätigkeit erzwungen wird und die zeitliche Dauer bzw. der Umfang einer weiteren Einschränkung mit jeder weiteren Geburt abnimmt.

Zusätzlich zu den geschilderten Zusammenhängen sind auch die unterschiedlichen Bedarfslagen bzw. Lebenshaltungskosten der Kinder je nach ihrer Zahl in der Geburtenreihenfolge für entsprechende Unterschiede verantwortlich. Hierbei wird angenommen, dass erste Kinder höhere Kosten verursachen als zweite Kinder und zweitgeborene mehr „kosten“ als drittgeborene Kinder. Zur Begründung dieses Zusammenhanges können vor allem haushaltstheoretische Überlegungen herangezogen werden, die von Spareffekten durch gemeinsame Haushaltsführung (Economies of Scale) bei der Geburt zweiter und weiterer Kinder ausgehen (*Klein 1987*). Die direkten Kosten des ersten Kindes sind demnach höher, weil mit steigender Kinderzahl die Fixkosten besser aufgeteilt werden können (z.B. Heiz- und Stromkosten) und die Konsumausgaben je Kind abnehmen. Letztgenannte Einsparungen werden z.B. durch die Weiternutzung von Wohnfläche, Mobiliar, Kleidung und Spielsachen seitens der jüngeren Geschwister hervorgerufen, die bereits für das erste Kind angeschafft worden sind. In der Summe jedenfalls werden die Mehrkosten, die durch die Unterhaltskosten der Kinder auf die Haushalte zukommen, mit steigender Kinderzahl kleiner.

Zusätzlich zu den bislang genannten Argumenten muss im Hinblick auf die Effekte der Ordnungszahl des Kindes aber auch berücksichtigt werden, dass einige staatliche Transferleistungen in Abhängigkeit von der Rangfolge der Kinder gezahlt werden. Insbesondere das Kindergeld ist – wie gezeigt – mit steigender Ordnungszahl der Kinder mit wachsenden Zahlungen verbunden, weshalb unter sonst gleichen Bedingungen die Einkommensverluste bei jeder weiteren Geburt sinken.

(H3) Die geburtsbedingten Wohlstandsverluste sind umso niedriger, je höher die Ordnungszahl der Geburt ist (weil mit steigender Kinderzahl die haushaltsbezogenen Opportunitätskosten sinken, zunehmend Spareffekte auftreten und teilweise höhere staatliche Transferzahlungen für spätere Kinder in der Geburtenreihenfolge gezahlt werden)

Schichtzugehörigkeit vor der Geburt: Neben den bislang genannten Bestimmungsfaktoren sind die sozioökonomischen Verhältnisse *nach* der Geburt nicht zuletzt von den Haushaltsressourcen *vor* der Geburt abhängig. Dabei liegt es nahe anzunehmen, dass die Einkommensverluste umso höher sind, je höher das Ausgangsniveau ist. Ein Grund hierfür können die in höheren Einkommenslagen vorhandenen höheren Erwerbslöhne sein, die während der Kinderbetreuung nicht verdient werden. Die Einkommensverluste würden demnach mit steigendem Ausgangsniveau wachsen, da es mehr zu verlieren gibt. Allerdings besteht auch Anlass zu der Vermutung, dass der Zusammenhang von Einkommensniveau und geburtsbedingten Einkommensverlusten nicht linear verläuft, sondern unter Umständen einen umgekehrt u-förmigen Verlauf aufweist, d.h. dass die Einkommenseinbußen zunächst mit dem Haushaltseinkommen vor der Geburt zunehmen, dieser Verlust dann aber in den höchsten Einkommensschichten wieder abnimmt.

Ausgangspunkt für diese Argumentation ist der bereits angesprochene Punkt, dass Haushalte im niedrigen Einkommensbereich selten hohe haushaltsbezogene Opportunitätskosten aufweisen, da häufig bereits ein Elternteil nicht oder nur zeitlich begrenzt erwerbstätig ist und dieser daher die Kinderbetreuung weitgehend problemlos übernehmen kann. Zusätzlich werden mögliche geburtsbedingte Einkommensverluste in niedrigen Einkommensschichten dadurch gedämpft, dass die Grundsicherungssysteme des Sozialstaates einen gewissen Mindestwohlstand garantieren, der die (armen) Familien wieder auf ihr bereits vor der Geburt bestehendes niedriges Ausgangsniveau hebt. In den mittleren Einkommensschichten sind dagegen die Einkommen bereits zu hoch, um solche zusätzlichen Sozialtransfers zu ermöglichen und aufgrund der höheren Erwerbchancen sind häufiger beide Eltern erwerbstätig, weshalb höhere Opportunitätskosten vorhanden sind, die im Fall einer Geburt auch in Kauf genommen werden müssen. Dies gilt prinzipiell verstärkt auch für die höchsten Einkommensschichten. Allerdings besteht in den höchsten Einkommensgruppen die Möglichkeit, die potenziellen Verluste aus einer Erwerbsarbeit gerade aufgrund des hohen Erwerbseinkommens, z.B. durch die Anstellung einer Tagesmutter zu externalisieren. Das letztgenannte Argument folgt einer Überlegung von *Leibenstein* (1974: 467), nach der es bei den Opportunitätskosten der Kindererziehung weniger auf den Verdienstaufschlag der Mutter durch die Kindererziehung ankommt, sondern vielmehr darauf, welche Kosten durch substitutive Dienste für die Kinderbetreuung während der Erwerbstätigkeit der Mutter entstehen (*Leibenstein* 1974). In dieser Hinsicht würde also die Chance, potenzielle geburtsbedingte Einkommensverluste (Opportunitätskosten der Fertilität) externalisieren zu können, mit wachsenden vorgeburtlichem Haushaltseinkommen steigen, da die relativen Kosten externer Kinderbetreuung mit steigendem Einkommen kleiner werden. Das heißt, bevor ein hohes Erwerbseinkommen aufgegeben wird, wird möglicherweise ein gewisser Anteil dieses Erwerbseinkommens nach der Geburt darauf verwendet, eigene Zeitressourcen für die Erwerbstätigkeit durch den Zukauf von Kinderpflegeleistungen z.B. seitens einer Tagesmutter freizusetzen (*Huinink/Konietzka* 2007). Fasst man diese Argumente zusammen, dann lässt sich vermuten:

(H4) Geburtsbedingte Wohlstandsverluste sind in den mittleren Einkommensschichten am höchsten, da diese (im Gegensatz zur Unterschicht) haushaltsbezogene Opportunitätskosten haben und sie gleichzeitig (im Gegensatz zur Oberschicht) nicht dazu in der Lage sind, d.h. nicht über genügend Einkommen verfügen, diese Opportunitätskosten zu externalisieren.

4 Daten und Methode

Ein großer Teil des aktuellen „Wissens“ über die sozioökonomischen Folgen der Geburt eines Kindes beruht darauf, dass die wirtschaftliche Lage der Familienhaushalte *nach* dem Eintritt eines Geburtsereignisses mit der wirtschaftlichen Lage der Haushalte verglichen wird, die dieses Ereignis nicht erfahren haben. Da jedoch gezeigt werden konnte, dass nicht alle Frauen und Männer mit gleicher Wahrschein-

lichkeit ein (weiteres) Kind realisieren (*Schröder/Brüderl 2008; Budig 2003*), besteht ein Nachteil solcher querschnittlichen *Ex-post-facto-Vergleiche* darin, dass Selektionseffekte nicht berücksichtigt werden können. Beispielsweise ist es nicht ausgeschlossen, dass die bisher im Querschnitt gemessene schlechtere sozioökonomische Lage von Familien mit vielen Kindern auch dadurch zustande kommt, dass (weitere) Geburten eher von Paaren realisiert werden, die sich ohnehin in ökonomisch prekären Verhältnissen befinden. Um diesen potenziellen Fehlschluss zu vermeiden, ist es notwendig, das Haushaltseinkommen vor der Geburt zu kontrollieren. Daher orientiert sich die vorliegende Arbeit an einem sog. *Vorher-Nachher-Design*, bei dem die wirtschaftliche Lage der Familienhaushalte rund um das Geburtsergebnis, also ein Jahr vor und ein Jahr nach der Geburt betrachtet wird.

Empirische Grundlage der Analysen ist das Sozio-oekonomische Panel 1984-2005, eine Wiederholungsbefragung privater Haushalte in Deutschland, die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bereitgestellt wird (*Wagner et al. 2007*).

Da bei den folgenden Berechnungen die Haushaltseinkommen im Jahr vor der Geburt mit denjenigen im Jahr nach der Geburt verglichen werden,⁴ beschränkt sich die untersuchte Population auf Haushalte, in denen zwischen 1985 und 2004 Geburten aufgetreten sind. Im Mittelpunkt der empirischen Analysen stehen Paarhaushalte mit Kindern. Die Folgen von Geburten in Alleinerziehendenhaushalten werden (aufgrund von Fallzahlproblemen) nicht analysiert, wohl wissend, dass die sozioökonomische Situation alleinerziehender Eltern von besonderer Problematik ist. Zugunsten der eindeutigen Identifizierbarkeit von Bedarfs- und Einkommenseffekten konnten weiterhin nur Haushalte mit Geburtsergebnissen berücksichtigt werden, in denen sich die Haushaltsgröße zwischen dem Jahr vor und nach der Geburt nur dem Geburtsergebnis entsprechend verändert hat (z.B. bei der Geburt des ersten Kindes in einem Paarhaushalt von zwei auf drei Personen). Dies trifft z.B. nicht auf Haushalte zu, in denen gleichzeitig mehr als ein Kind geboren wurde (Zwillingsgeburten) bzw. in denen aufeinanderfolgende Geburten im Jahresabstand realisiert worden sind, weshalb entsprechende Fälle ausgeschlossen werden. Unter Berücksichtigung der angesprochenen Restriktionen ist es letztendlich möglich gewesen, insgesamt 2.225 Geburtsergebnisse (890 Erstgeburten, 982 Zweitgeburten und 353 Drittgeburten) zu identifizieren, d.h. Geburten, für die Einkommensangaben für das Jahr vor der Geburt und für das Jahr nach der Geburt vorhanden waren und bei denen die Eltern zu beiden analysierten Zeitpunkten in einem Haushalt lebten.

Ausgangspunkt der Untersuchung zur Bestimmung der finanziellen Folgen der Geburt eines Kindes ist das zur Verfügung stehende monatliche Einkommen eines Haushaltes. Eine separate Berechnung des Haushaltsnettoeinkommens aus den

⁴ Das bedeutet, dass die unterschiedlichen Geburtsergebnisse, die in den verschiedenen Befragungswellen zwischen 1985 und 2004 stattgefunden haben, auf den Ereigniszeitpunkt t standardisiert werden, unabhängig davon, ob die Geburt z.B. im Jahr 1990 oder 2000 erfolgt ist. Eine Kontrolle von möglichen Periodeneffekten ist dennoch leicht durch den Einbezug des Kalenderjahres der Geburt in die Analysen möglich.

Einzeleinkommen der Haushaltsmitglieder ist im SOEP nicht notwendig, da die Höhe des monatlich verfügbaren Haushaltseinkommens jeweils direkt auf Grundlage der sog. Screener-Frage ermittelt wird: „*Wenn man alles zusammennimmt: Wie hoch ist das monatliche Haushaltseinkommen aller Haushaltsmitglieder heute? Bitte geben Sie den monatlichen Nettobetrag an, also nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben. Regelmäßige Zahlungen wie Wohngeld, Kindergeld und BAföG, Unterhaltszahlungen usw. rechnen Sie bitte dazu! (Falls nicht genau bekannt: Bitte schätzen Sie den monatlichen Betrag.)*“. Diese derart ermittelten Haushaltseinkommen wurden auf Grundlage des Preisindex des *Statistischen Bundesamtes* (2006) inflationsbereinigt.

Auf dieser Grundlage kann schließlich das bedarfsgewichtete Nettoäquivalenzeinkommen errechnet werden, indem das verfügbare Haushaltseinkommen des entsprechenden Haushaltes durch die Summe der individuellen Bedarfsgewichte der Haushaltsmitglieder geteilt wird, wobei die Höhe der Bedarfsgewichte von der zugrunde gelegten Äquivalenzskala abhängt. Die Bedarfsgewichte der gewählten Skala reflektieren jeweils Annahmen über den (altersspezifischen) Einkommensbedarf der einzelnen Haushaltsmitglieder und über Effizienzgewinne gemeinsamen Wirtschaftens im Haushalt. Das unterstellte Ausmaß der Bedarfseffekte in den einzelnen Skalen hat dabei eine große Bedeutung für die Attribution von Wohlstand, denn je nachdem wie die altersspezifischen Bedarfseffekte und die durch eine gemeinsame Haushaltsführung bewirkten Spareffekte bewertet werden, erfolgt die Verdichtung empirischer Daten hin zu Wohlstandsniveaus jeweils anders.⁵ In der vorliegenden Arbeit wurde zur Berechnung des Äquivalenzeinkommens die etablierte neue OECD-Skala ausgewählt, welche die erste erwachsene Person im Haushalt mit 1,0, jede weitere erwachsene Person über 14 Jahren mit 0,5 und Kinder unter 15 Jahren mit 0,3 gewichtet (*OECD* 2005).

Als abhängige Variablen dienen sowohl das absolute und das logarithmierte Haushaltseinkommen sowie das absolute und das logarithmierte Äquivalenzeinkommen. Die Logarithmierung der beiden Einkommensvarianten wurde – abgesehen von den bekannten methodischen Vorzügen – vorgenommen, um die Interpretation relativer Einkommensveränderungen zu ermöglichen. Zur Kontrolle von Periodeneffekten wurden ergänzend Periodendummies in das Modell integriert.

Zur Erklärung der geburtsbedingten sozioökonomischen Konsequenzen werden mehrere personenbezogene und familiäre Merkmale aus dem SOEP betrachtet. Die Informationen zur *Ordnungszahl der Geburt* (erste bis dritte Geburt) und zum *Kalenderjahr der Geburt* konnten direkt aus den im SOEP vorliegenden Variablen gewonnen werden. Unter Berücksichtigung des Geburtsjahres des Kindes konnte auch (a) das Erwerbsprofil der Eltern vor der Geburt (beide, einer, keiner erwerbs-

⁵ Die Auswahl einer konkreten Äquivalenzskala ist dabei folgenreich für das resultierende Wohlstands- und Armutsniveau, da sich je nach Skala sehr unterschiedliche Äquivalenzeinkommen ergeben (*Cowell/Mercader-Prats* 1999). Die auf europäischer Ebene häufig verwendete neue OECD-Skala akzentuiert beispielsweise stark Armut in Einpersonenhaushalten, während die alte OECD-Skala Armut in Familien mit mehreren Kindern (über)betont (*Hauser* 2002: 258).

tätig) und (b) die Arbeitszeit der Eltern vor der Geburt (Teil- oder Vollzeit) abgeleitet werden. Hierbei wurde als erwerbstätig gezählt, wer mehr als eine Stunde pro Woche erwerbstätig war (ILO-Definition). Als teilzeitbeschäftigt gelten Personen, die nicht mehr als 30 Stunden pro Woche beschäftigt sind. Um eine Darstellung der Zusammenhänge zwischen dem Einkommensniveau vor der Geburt und den sozioökonomischen Konsequenzen durch die Geburt zu ermöglichen, wurden Einkommensquartile gebildet, um die Haushalte den entsprechenden Haushaltseinkommensniveaus zuordnen zu können.⁶

Zur Ermittlung der sozioökonomischen Konsequenzen der Fertilität werden Fixed-Effects-Panelregressionsmodelle genutzt (Wooldridge 2006; Halaby 2004; Allison 1994). Das Fixed-Effects-Modell (FE-Modell) kommt zur Anwendung, da davon auszugehen ist, dass bei der Analyse der sozioökonomischen Effekte der Fertilität unbeobachtete Variablen (modelliert als Komponenten des Fehlerterms) mit der abhängigen und den unabhängigen Variablen des Regressionsmodells korreliert sind (Endogenitätsproblem). Ein Standardregressionsmodell bildet die sozioökonomischen Folgen der Fertilität damit nur dann korrekt ab, wenn erstens keine *Between-Person-Selektion* und zweitens keine *Within-Person-Selektion* vorliegt. Weil beide genannten Mechanismen mindestens im Hinblick auf die unbeobachtete Heterogenität nicht in „normalen“ Modellen durch entsprechende Variablen kontrolliert werden können, resultieren dabei systematisch verzerrte Schätzergebnisse (Heckman/Hotz 1989). Mit einem Fixed-Effects-Modell kann dieses Endogenitätsproblem weitgehend behoben werden, da unbeobachtete *zeitinvariante* unabhängige Faktoren durch Differenzbildung herausgerechnet werden. Da allerdings alle zeitkonstanten interpersonellen Effekte durch Elimination in dem Modell kontrolliert sind, besteht der Nachteil der FE-Methode darin, dass Effekte von zeitkonstanten Merkmalen nicht geschätzt werden können und Unterschiede der sozioökonomischen Konsequenzen der Fertilität bezüglich zeitkonstanter Variablen bzw. bezüglich Merkmalen *vor der Geburt* des Kindes nur in separaten Modellen (mit Subpopulationen) ermittelt werden können, z.B. einzelne Modelle für jedes Einkommensquartil etc. (vgl. Wooldridge 2006; Halaby 2004; Allison 1994).

Die Ergebnisse eines alternativ möglichen Random-Effects-Regressionmodells (RE model), welches auch die direkte Schätzung zeitkonstanter Merkmale erlaubt, werden nicht berichtet, da der maßgebliche Hausman-Test (vgl. Hausman 1978) andeutet, dass die Ergebnisse des RE-Modells verzerrt sind. Das Ergebnis der vorliegenden Teststatistik ergab bei höchsten Signifikanzwerten, dass systematische Unterschiede der Schätzer von FE- und RE-Modell vorliegen, das FE-Modell also angemessener ist. Für alle Analysen wurde SAS.V8.1 genutzt.

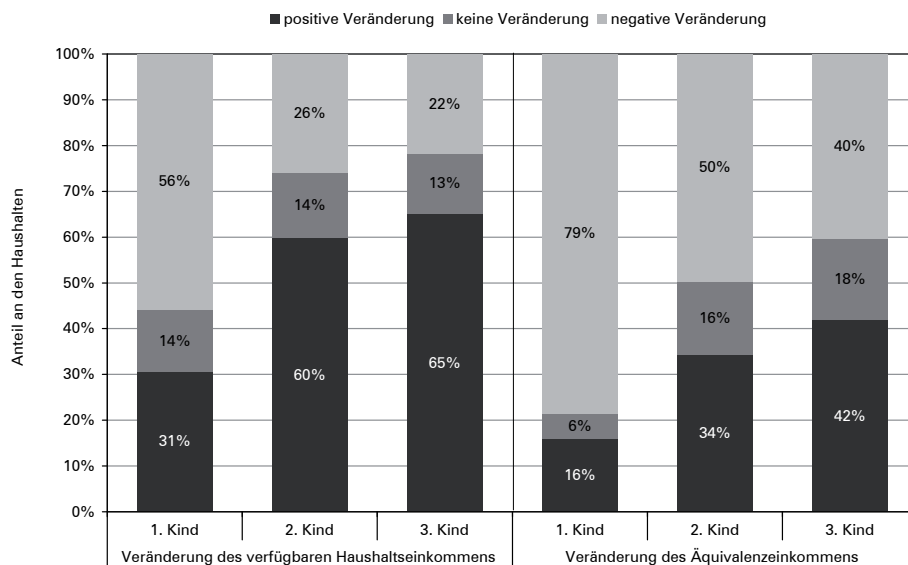
⁶ Die Quartilswerte des monatlichen Äquivalenzeinkommens betragen: $Q_{.25}=1.022$ € im Jahr 1985 und $Q_{.25}=1.553$ € im Jahr 2004; $Q_{.50}=1.329$ € im Jahr 1985 und $Q_{.50}=2.350$ € im Jahr 2004; $Q_{.75}=1.789$ € im Jahr 1985 und $Q_{.75}=3.400$ € im Jahr 2004.

5 Ergebnisse

Bevor die multivariaten Ergebnisse der FE-Modelle vorgestellt werden, informiert Abbildung 2 zunächst darüber, welcher Anteil der Familien überhaupt durch eine Geburt schlechtergestellt ist bzw. für wie viele Haushalte sich zwischen dem Jahr vor der Geburt und dem Jahr nach der Geburt keinerlei Veränderung oder sogar eine Verbesserung der sozioökonomischen Situation ergeben hat. Im Hinblick auf das *verfügbare Haushaltseinkommen* zeigt sich, dass etwa 56 % der Haushalte durch die Geburt des ersten Kindes eine Schlechterstellung ihrer Einkommenslage erfahren, während bei der zweiten und dritten Geburt noch etwa jeder vierte Familienhaushalt (26 % bei der zweiten bzw. 22 % bei der dritten Geburt) Einkommensverluste hinnehmen musste. Während also aus der Familiengründung mehrheitlich Einkommensverschlechterungen resultieren, entstehen bei der Familienerweiterung häufiger keine Einkommensveränderungen bzw. sogar Einkommenszugewinne. So ist im Jahr nach der Geburt des zweiten und des dritten Kindes in mindestens 60 Prozent der Haushalte, und damit doppelt so häufig wie nach der Erstgeburt, das Haushaltsnettoeinkommen höher als im Jahr vor der Geburt.

Betrachtet man demgegenüber die Veränderungen des Äquivalenzeinkommens, dann folgt aus allen Geburten in der Fertilitätsreihenfolge deutlich häufiger eine Verschlechterung der sozioökonomischen Lage der Familien (aufgrund der zusätzlichen Berücksichtigung der Bedarfslageneffekte der Kinder und der damit verbundenen Umverteilung des Haushaltseinkommens auf die Familienmitglieder). So sind etwa 79 Prozent der Haushalte durch die Geburt des ersten Kindes, 50 Prozent durch die

Abb. 2: Geburtsbedingte Veränderung der sozioökonomischen Lage von Paarhaushalten nach der Ordnungszahl des Kindes



Datenquelle: SOEP (1984-2005), eigene Berechnungen

Geburt des zweiten und immer noch 40 Prozent der Haushalte durch die Geburt des dritten Kindes von einer Verminderung des Nettoäquivalenzeinkommens betroffen.

Trotz dieses hohen Anteils von Familien, die durch die Geburt eine wohlstandsbezogene Schlechterstellung erfahren, zeigt Abbildung 2 aber wiederum auch einen mit steigender Ordnungszahl der Geburt wachsenden Anteil von Familien, deren Äquivalenzeinkommen sich durch die Geburt sogar verbessert. So hat sich bei 16 Prozent der betroffenen Haushalte durch die Geburt des ersten Kindes, bei 34 Prozent durch die Geburt des zweiten Kindes und bei 42 Prozent der Haushalte durch die dritte Geburt nicht nur das Haushaltseinkommen, sondern auch das Äquivalenzeinkommen verbessert. Es ist also keinesfalls so, wie häufig implizit angenommen, dass nahezu jede Geburt mit einer Verschlechterung der wohlstandsbezogenen Lage der betroffenen Haushalte verbunden ist. Den vorliegenden Daten zufolge kann nicht einmal davon ausgegangen werden, dass Einkommens- und Wohlstandsverluste der Regelfall sind. Dies wirft die Frage auf, was die Ursachen einer verbesserten bzw. verschlechterten wirtschaftlichen Lage nach dem Geburtsereignis sind.

Als erstes Ergebnis der multivariaten Analysen zeigt Tabelle 1 hierzu den durchschnittlichen Gesamteffekt der Fertilität auf die sozioökonomische Situation der Haushalte gemäß der Ordnungszahl der Geburt. Dabei zeigt die linke Seite der Tabelle die *relativen* Haushaltseinkommenseffekte $\log(Y)$ und die rechte Seite die *relativen* Äquivalenzeinkommenseffekte $\log(y)$. Demgemäß ist die Geburt des ersten Kindes im Durchschnitt mit einem höchst signifikanten Haushaltseinkommensverlust von 6,6 Prozent verbunden. Die Geburt des zweiten Kindes geht demgegenüber mit einer signifikanten Zunahme des verfügbaren Haushaltseinkommens von 8,8 Prozent einher und die Geburt des dritten Kindes mit einer ebenfalls signifikanten Zunahme von 10,8 Prozent. Berücksichtigt man zusätzlich die Bedarfslageneffekte der Kinder (beim Äquivalenzeinkommen), dann sinkt das Wohlstandsniveau der Haushalte allerdings bei jeder Kindergeburt, und zwar durch die erste Geburt um 25,1 Prozent, durch die zweite Geburt um 6,5 Prozent und durch die Geburt des dritten Kindes um 2,7 Prozent, wobei die geringe negative Wohlstandsveränderung bei der dritten Geburt nicht mehr das Niveau statistischer Signifikanz erreicht. Dies macht deutlich, dass erhebliche negative finanzielle Folgen vor allem durch die Familiengründung (die Geburt des ersten Kindes) bedingt werden, während die Geburt weiterer Kinder (Familienerweiterung) nur von geringen Wohlstandsverlusten bzw. sogar von geringen Wohlstandsgewinnen begleitet wird.⁷ Diese Ergebnisse

⁷ Da sich die Beschäftigungsprofile vor allem der Frauen zwischen West- und Ostdeutschland unterscheiden, wurden die sozioökonomischen Konsequenzen der Geburt für beide Regionen separat ermittelt. Die entsprechenden (nicht dokumentierten) Ergebnisse zeigen, dass Veränderungen sowohl des Haushaltseinkommens als auch des Äquivalenzeinkommens in Folge einer Geburt in Ostdeutschland stärker ausgeprägt sind. Beispielsweise sind Erstgeburten im Durchschnitt mit Verminderungen des Haushaltseinkommens in Höhe von 16,4 % in Ostdeutschland und 5,5 % in Westdeutschland verbunden. Die entsprechenden Zahlen für zweite (dritte) Geburten lauten -9,6 % (+1,0 %) in den neuen Ländern und +9,8 % (+10,9 %) in den alten Ländern.

Tab. 1: Determinanten der relativen Einkommensveränderungen nach einer Geburt (Fixed-Effects-Modelle)

	Log verfügbares Haushaltseinkommen (Y)				Log Äquivalenzeinkommen (y)			
	Insgesamt ¹⁾							
1. Kind	-0,066***				-0,251***			
2. Kind	0,088***				-0,065***			
3. Kind	0,108***				-0,027			
N	4450				4450			
R ²	0,157				0,138			
	Kalenderjahr der Geburt							
	1985-89	1990-94	1995-99	2000-04	1985-89	1990-94	1995-99	2000-04
1. Kind	-0,029	-0,044	-0,071*	-0,148***	-0,197***	-0,228***	-0,253***	-0,329***
2. Kind	0,131***	0,102**	0,103***	-0,010	0,010	-0,052	-0,050+	-0,163***
3. Kind	0,145***	0,086+	0,102*	0,058	0,046	-0,051	-0,034	-0,083*
N ²⁾	870	1032	1182	1366	870	1032	1182	1366
R ²	0,146	0,206	0,155	0,145	0,126	0,180	0,135	0,132
	Höhe des Haushaltseinkommens vor der Geburt ^{1), 2)}							
	1. Quartil	2. Quartil	3. Quartil	4. Quartil	1. Quartil	2. Quartil	3. Quartil	4. Quartil
1. Kind	0,289***	-0,058***	-0,148***	-0,241***	0,103***	-0,242***	-0,332***	-0,425***
2. Kind	0,279***	0,084***	0,026	-0,148***	0,127***	-0,069***	-0,127***	-0,299***
3. Kind	0,241***	0,107***	0,046+	-	0,110***	-0,031	-0,090***	-
N	936	1446	1284	784	936	1446	1284	784
R ²	0,252	0,361	0,330	0,198	0,270	0,294	0,220	0,164
	Anzahl der erwerbstätigen Eltern vor der Geburt ¹⁾							
	kein	ein	beide ^{a)}	beide ^{b)}	kein	ein	beide ^{a)}	beide ^{b)}
1. Kind	0,218*	0,155***	-0,030	-0,155***	0,049	-0,033	-0,212***	-0,339***
2. Kind	0,342***	0,147***	-0,022	-0,113***	0,201	-0,007	-0,174***	-0,262***
3. Kind	0,239*	0,137***	-0,012	-	0,122	-0,003	-0,159***	-
N	176	2000	616	1332	176	2000	616	1332
R ²	0,179	0,152	0,124	0,152	0,194	0,164	0,118	0,119

***p<0.001; **p<0.01; *p<0.05; +p<0.1

1) Kontrolliert für das Kalenderjahr der Geburt.

2) Das Quartil liegt bei: Q_{.25}=1.022 Euro im Jahr 1985 und Q_{.25}=1.553 Euro im Jahr 2004; Q_{.50}=1.329 Euro im Jahr 1985 und Q_{.50}=2.350 Euro im Jahr 2004; Q_{.75}=1.789 Euro im Jahr 1985 und Q_{.75}=3.400 Euro im Jahr 2004.

a) Ein Elternteil ist vollzeitbeschäftigt und einer teilzeitbeschäftigt.

b) Beide Eltern sind vollzeitbeschäftigt.

Datenquelle: SOEP (1984-2005)

belegen somit die Vermutung, dass der aus einer Geburt resultierende Einkommens- und Wohlstandsverlust umso niedriger ausfällt, je höher die Ordnungszahl des Kindes in der Geburtenfolge ist.

Im Hinblick auf das verfügbare Haushaltseinkommen und das Kalenderjahr der Geburt wird in Tabelle 1 deutlich, dass die Einkommensverluste einer Geburt in den letzten beiden Dekaden deutlich angewachsen sind. Während z.B. die Geburt des ersten Kindes zwischen den Jahren 1985 und 1989 mit einem nicht signifikanten Einkommensverlust von -2,9 Prozent verbunden war, ist die Geburt des ersten Kindes zwischen 2000 und 2004 mit einem statistisch höchst signifikanten Einkommensverlust von -14,8 Prozent verknüpft. D.h. trotz einer Steigerung der staatlichen Transferzahlungen, etwa beim Kindergeld, sind die finanziellen Folgen der ersten Geburt heute fast fünfmal so hoch wie vor fünfzehn bis zwanzig Jahren. Ein entsprechendes Bild zeigt sich auch bei der Betrachtung der geburtsbedingten Veränderungen des Äquivalenzeinkommens. So waren beispielsweise zweite und dritte Geburten Ende der 1980er Jahre im Durchschnitt ohne Folgen für den Wohlstand der betroffenen Haushalte. Bei den entsprechenden Geburten zwischen 2000 und 2004 hat sich das Äquivalenzeinkommen signifikant um -16,3 Prozent durch die zweite und um -8,3 Prozent durch die dritte Geburt verringert. In ähnlicher Weise haben sich die ohnehin hohen Wohlstandsverluste durch die Geburt des ersten Kindes von -19,7 Prozent (1985-1989) auf -32,9 Prozent erhöht (2000-2004).

Eine weitere zentrale These war mit der Abhängigkeit der ökonomischen Konsequenzen der Fertilität vom Ausgangsniveau des Wohlstandes der Haushalte verbunden. Diesbezüglich belegen die Ergebnisse, dass Haushalte umso stärker durch die Kindergeburt belastet werden, je höher ihr Haushaltseinkommen vor der Geburt war (gemessen an der Zugehörigkeit zu einem Einkommensquartil). So geht die Geburt des ersten Kindes im ersten Einkommensquartil durchschnittlich mit einer höchst signifikanten Steigerung des Haushaltseinkommens von 28,9 Prozent einher. Niedrigeinkommenhaushalte profitieren also im Durchschnitt von einer Kindergeburt. Bereits im zweiten Einkommensquartil verursacht die Geburt des ersten Kindes hingegen einen Einkommensverlust von -5,8 Prozent, im dritten Einkommensquartil von -14,8 Prozent und im vierten und höchsten Einkommensquartil von -24,1 Prozent. Entsprechende Veränderungen erhält man auch bei der geburtsbedingten Veränderung des Nettoäquivalenzeinkommens. Um nur eine besonders markante Zahl herauszugreifen, sei auf die Wohlstandsverluste durch die Erstgeburt im vierten Einkommensquartil hingewiesen. Haushalte, die vor der Geburt des ersten Kindes dieser höchsten Einkommenslage zugehörten, verloren im Durchschnitt -42,5 Prozent ihres Nettoäquivalenzeinkommens!

In einem letzten Schritt in Tabelle 1 wurde das paarbezogene Erwerbsprofil der Eltern vor der Geburt betrachtet. Die Ergebnisse der FE-Modelle zeigen hierzu, dass geburtsbedingte Einkommensverluste nur in Haushalten mit zwei vor der Geburt erwerbstätigen Eltern auftreten. War dabei ein Elternteil vollzeit- und einer teilzeitbeschäftigt, betragen die Einkommensverluste durch die erste Geburt -3,0 Prozent, durch die zweite Geburt -2,2 Prozent und durch die dritte Geburt -1,2 Prozent. Waren beide Eltern vollzeittätig, liegen die Einkommensverluste pro Geburt noch einmal 10 Prozentpunkte höher. Ist demgegenüber höchstens ein Elternteil erwerbstätig

gewesen, fallen Einkommenszugewinne an. In Haushalten mit einem vor der Geburt erwerbstätigen Elternteil sind dies 15,5 Prozent in Folge der Erstgeburt, 14,7 Prozent durch die Zweitgeburt und 13,7 Prozent durch die Drittgeburt. Waren beide Eltern bereits vor der Geburt nicht erwerbstätig, sind diese Werte noch einmal erhöht.

6 Diskussion und Schlussfolgerungen

Ziel des vorliegenden Beitrags war die Untersuchung des Einflusses von Kindergeburten auf die sozioökonomische Lage von Paarhaushalten bis zu einem Jahr nach der Geburt im Zeitraum von 1985 bis 2004. Dabei war insbesondere die Differenzierung der finanziellen Fertilitätskonsequenzen gemäß der Einkommens- und Wohlstandsrisiken sowie die *Quantifizierung* der geburtsbedingten Folgen gemäß der Ordnungszahl der Kinder, dem Erwerbsprofil der Eltern, des Kalenderjahres der Geburt und der Schichtzugehörigkeit der Haushalte von Interesse. Hierzu wurden längsschnittliche Analysen auf Grundlage des SOEP vorgenommen und mittels Fixed-Effects-Panelregressionsmodellen spezifiziert. Da bei diesen Analysen Selektionseffekte kontrolliert werden konnten, sind die beobachteten Effekte – im Vergleich zu bisher vorliegenden querschnittlichen Vergleichstudien – auch tatsächlich der Geburt zurechenbar. Allerdings muss angemerkt werden, dass zwei potenzielle Fehlerquellen (im Hinblick auf Selektionseffekte) in den vorliegenden Analysen erhalten geblieben sind. Einerseits sind die Schätzungen für Elternpaare verzerrt, die sich aufgrund einer erwarteten Einkommenssteigerung für ein Kind entscheiden, die Einkommenssteigerung aber erst nach der Geburt eintritt. Andererseits besteht ein Kausalitätsproblem bei Paarhaushalten, in denen aufgrund einer antizipierten Kindergeburt bereits mehr als zwölf Monate vor der Geburt die Erwerbstätigkeit mindestens eines Partners eingeschränkt oder eingestellt wurde.

Insgesamt haben die vorgelegten Befunde allerdings deutlich gemacht, dass erstens die Geburt eines Kindes im Endergebnis umso höhere geburtsbedingte Einkommens- und Wohlstandseinbußen verursacht, je niedriger die Ordnungszahl des Kindes ist. Das heißt, dass das erste Kind (Familiengründung) die größten negativen wirtschaftlichen Veränderungen verursacht, während die geringsten Veränderungen entsprechend durch das letztgeborene Kind (Familienerweiterung) bedingt sind. Zusätzlich zur Bedeutung der Ordnungszahl der Geburt lag ein zweiter Schwerpunkt der Arbeit auf dem paarbezogenen Erwerbsprofil der Eltern und den damit verbundenen Erwerbskonsequenzen. Diesbezügliche Analysen haben gezeigt, dass Haushaltseinkommensverluste nur in Familien mit zwei vor der Geburt erwerbstätigen Eltern auftreten. Diese Verluste waren umso höher, je zeitlich umfangreicher die Mutter vor der Geburt gearbeitet hat. War nur ein Elternteil oder gar kein Elternteil im Jahr vor der Geburt erwerbstätig, fiel das Haushaltseinkommen im Jahr nach der Geburt höher aus als zuvor. Dieser Befund deutet darauf hin, dass die aktuellen Rahmenbedingungen für diejenigen Haushalte günstig sind, in denen traditionelle Arrangements familiärer Arbeitsteilung schon vor der Geburt bestanden haben. Sind allerdings beide Eltern vor der Geburt erwerbstätig, was vor allem unmittelbar

vor der Familiengründung der Fall ist, reichen die staatlichen Zahlungen nicht aus, um den negativen Einkommenseffekt der Geburt zu kompensieren.

Der dritte zentrale Punkt dieser Arbeit war schließlich die Frage nach möglichen Unterschieden der sozioökonomischen Konsequenzen einer Kindergeburt zwischen verschiedenen Einkommensschichten. Die Ergebnisse deuten an, dass die Konsequenzen der Geburt mit steigender Einkommensschicht überproportional ansteigen. Während im niedrigsten Einkommensbereich geburtsbedingte Einkommens- und Wohlstandszugewinne beobachtet werden konnten, büßten Haushalte, die der höchsten Einkommensschicht zugehören am meisten, nämlich teilweise mehr als 40 Prozent ihres Wohlstandes (Äquivalenzeinkommens) ein.

Darüber hinaus belegen die Ergebnisse, dass die ökonomischen Konsequenzen der Fertilität mit dem Kalenderjahr der Geburt gewachsen sind. So fallen die wirtschaftlichen Folgen einer Geburt, unabhängig von der Ordnungszahl des Kindes, heute fünfmal so hoch aus wie am Ende der 1980er Jahre. Dieses Ergebnis verweist darauf, dass die staatlichen Transferzahlungen nicht ausreichend an die veränderten Rahmenbedingungen der Fertilität angepasst worden sind (z.B. steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen sowie steigende Gebäralter der Mütter).

Die Analysen bestätigen damit insgesamt die Notwendigkeit gezielter staatlicher Maßnahmen zur Familienförderung, insofern es ein prioritäres Ziel der deutschen Familienpolitik ist, einkommensbezogene Ungleichheiten zwischen kinderlosen Haushalten und Familien zu reduzieren. Darüber hinaus machen die nachgewiesenen Fertilitätseffekte aber auch auf diejenigen monetären Hindernisse aufmerksam, die mittlerweile eine Vielzahl von Akteuren an der Geburt eines Kindes hindern. Diesbezüglich vorgelegten Befunden zufolge müsste ein Schwerpunkt der deutschen Familienpolitik mithin stärker als bisher darin liegen, die Schranken, die der *Familiengründung* entgegenstehen, zu beseitigen (vgl. *Gruescu/Rürup* 2005).⁸ Daher sollte künftig neben dem weiteren Ausbau infrastruktureller Rahmenbedingungen, welche es den Eltern erlauben, durchgängig erwerbstätig zu sein, vor allem die finanziellen Kompensationen des Staates für die Lebenshaltungskosten der Kinder überarbeitet werden. Beispielsweise sollten die Auszahlungen zum Kindergeld erhöht und im Vergleich zur gegenwärtigen Praxis *asymmetrisch* verteilt werden, d.h. höhere Kindergeldzahlungen für das erste Kind als für das zweite und jedes weitere Kind.

⁸ Bekanntermaßen ist die durchschnittliche Fertilität in den letzten Jahrzehnten in Deutschland erheblich gesunken. Verantwortlich hierfür ist aber vor allem der gewachsene Anteil von kinderlosen Frauen (Paaren) und nicht die mangelnde Bereitschaft zur Familienerweiterung. Entsprechende Studien zeigen, dass die durchschnittliche Kinderzahl von Müttern, also Frauen die mindestens ein Kind zur Welt gebracht haben, im Zeitverlauf relativ konstant geblieben ist (*Kaufmann* 2005). Demgegenüber hat sich die Zahl der Kinderlosen innerhalb der letzten 40 Jahre nahezu verdoppelt (*Klein* 2003).

Literaturverzeichnis

- Allison, Paul D.*, 1994: Using panel data to estimate the effect of events. In: *Sociological Methods & Research* 23: 174-199
- Bäcker, Gerhard*, 2003: Child and family poverty in Germany. In: *Krause, Peter; Bäcker, Gerhard; Hanesch, Walter* (Hrsg.): *Combating Poverty in Europe: The German Welfare Regime in Practice*. Ashgate: Aldershot: 289-304
- Becker, Gary S.*, 1981: *A treatise on the family*. Cambridge: Harvard University Press
- Berntsen, Roland*, 1989: Einkommensveränderungen aufgrund familialer Ereignisse. In: *Wagner, Gert; Ott, Notburga; Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim* (Hrsg.): *Familienbildung und Erwerbstätigkeit im demographischen Wandel*. Berlin: Springer Verlag: 76-93
- Bien, Walter; Rauschenbach, Thomas; Riedel, Birgit*, 2007: *Wer betreut Deutschlands Kinder? DJI-Kinderbetreuungsstudie*. Deutsches Jugendinstitut: München
- Birg, Herwig; Filip, Detlef; Flöthmann, Ernst-Jürgen*, 1990: *Paritätsspezifische Kohortenanalyse des generativen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland nach dem 2. Weltkrieg*. IBS-Materialien Nr. 30. Bielefeld: Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik
- Birg, Herwig*, 2005: *Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt*. München: C.H. Beck
- Budig, Michelle J.*, 2003: Are women's employment and fertility histories interdependent? An examination of causal order using event history analysis. In: *Social Science Research* 32: 376-401
- Budig, Michelle J.; England, Paula*, 2001: The wage penalty for motherhood. In: *American Sociological Review* 66: 204-225
- Büchner, Charlotte; Haan, Peter; Schmitt, Christian; Spieß, C. Katharina; Wrohlich, Katharina*, 2006: *Wirkungsstudie „Elterngeld“*. Gutachten des DIW Berlin im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. DIW Berlin, Policy Advice Compact, 18
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung*, 2006: *Wirkungsstudie „Elterngeld“*. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. DIW: Berlin
- Cowell, Frank A.; Mercader-Prats, Magda*, 1999: Equivalence Scales and Inequality. In: *Silber, Jacques* (Hrsg.): *Handbook of income inequality measurement*. Boston: Kluwer: 405-436
- Engstler, Heribert; Menning, Sonja*, 2003: *Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Lebensformen, Familienstrukturen, wirtschaftliche Situation der Familien und Familiendemographische Entwicklung in Deutschland*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt
- Halaby, Charles N.*, 2004: Panel Models in Sociological Research: Theory into Practice. In: *Annual Review of Sociology* 30: 507-544
- Hauser, Richard*, 2002: Soziale Indikatoren als Element der offenen Methode der Koordinierung zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in der Europäischen Union. In: *Zeitschrift für Sozialreform* 48: 251-261

- Hauser, Richard*, 1995: Die Entwicklung der Einkommenslage von Familien über zwei Dekaden – einige empirische Grundlagen zur Würdigung der deutschen Familienpolitik. In: *Kleinhenz, Gerhard* (Hrsg.): Soziale Ausgestaltung der Marktwirtschaft, Festschrift zum 65. Geburtstag von H. Lampert. Berlin: Duncker & Humblot: 133-150
- Hausman, Jerry*, 1978: Specification Tests in Econometrics. In: *Econometrica* 46: 1251-1271
- Heckman, James J.; Hotz, V. Joseph*, 1989: Choosing Among Alternative Nonexperimental Methods for Estimating the Impact of Social Programs: The Case of Manpower Training. In: *Journal of the American Statistical Association* 84: 862-874
- Hohnerlein, Eva-Maria*, 2000: Familienleistungen in Deutschland. In: *Deutsches und Europäisches Familienrecht* 2: 95-107
- Huinink, Johannes; Konietzka, Dirk*, 2007: Familiensoziologie. Eine Einführung. Frankfurt: Campus
- Kalwij, Adriaan S.*, 2005: Consumption and income around the time of births. In: *Review of Economics of the Household* 3: 75-89
- Kaufman, Gayle; Uhlenberg, Peter*, 2000: The influence of parenthood on the work effort of married men and women. In: *Social Forces* 78: 931-947
- Kaufmann, Franz-Xaver*, 2005: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Kenjoh, Eiko*, 2005: New mothers' employment and public policy in the UK, Germany, the Netherlands, Sweden, and Japan. In: *Labour* 19: 5-49
- Klein, Thomas*, 1987: Sozialer Abstieg und Verarmung von Familien durch Arbeitslosigkeit. Eine mikroanalytische Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main: Campus
- Klein, Thomas*, 2003: Die Geburt von Kindern in paarbezogener Perspektive. In: *Zeitschrift für Soziologie* 32: 506-527
- Kreyenfeld, Michaela*, 2002: Parity specific birth rates for West Germany: an attempt to combine survey data and vital statistics. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 27,3: 327-357
- Kunze, Astrid; Ejrnaes, Mette*, 2004: Wage dips and drops around first birth. Discussion paper 1011. Bonn: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)
- Leibenstein, Harvey*, 1974: An interpretation of the economic theory of fertility: promising path or blind alley? In: *Journal of Economic Literature* 12: 457-479
- OECD*, 2005: What are equivalence scales? OECD Social Policy Division, Paris. [URL: <http://www.oecd.org/dataoecd/61/52/35411111.pdf>]
- Ott, Notburga*, 1989: Familienbildung und familiäre Entscheidungsfindung aus verhandlungstheoretischer Sicht. In: *Wagner, Gert; Ott, Notburga; Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim* (Hrsg.): Familienbildung und Erwerbstätigkeit im demographischen Wandel. Berlin: Springer: 97-116
- Schmitt, Christian*, 2007: Familiengründung und Erwerbstätigkeit im Lebenslauf. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2007,7: 3-8
- Schröder, Jette; Brüderl, Josef*, 2008: Der Effekt der Erwerbstätigkeit von Frauen auf die Fertilität: Kausalität oder Selbstselektion. In: *Zeitschrift für Soziologie* 37: 117-136
- Schulz, Florian; Blossfeld, Hans-Peter*, 2006: Wie verändert sich die häusliche Arbeitsteilung im Eheverlauf? Eine Längsschnittstudie der ersten 14 Ehejahre in Westdeutschland. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 58: 23-49

- Schulze, Alexander, 2009: Sozioökonomische Konsequenzen der Fertilität. Folgen der Geburt von Kindern für den Wohlstand von Paarhaushalten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften*
- Statistisches Bundesamt, 2005: Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2004. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt*
- Statistisches Bundesamt, 2006: Preise. Verbraucherpreisindizes für Deutschland. Lange Reihen ab 1948. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt*
- Statistisches Bundesamt, 2007: Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung*
- U.S. Census Bureau, 2006: Current Population Reports: Income, Poverty, and Health Insurance Coverage in the United States: 2005. Washington DC.: U.S. Government Printing Office*
- U.S. Census Bureau, 2004: Global Population Profile: 2002. International Population Reports. Washington, DC.: U.S. Government Printing Office*
- Wagner, Gert G.; Frick, Joachim R.; Schupp, Jürgen, 2007: The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancements. In: Schmollers Jahrbuch 127: 139-169*
- Wooldridge, Jeffrey M., 2006: Introductory Econometrics. A Modern Approach. Mason: Thomson*

Übersetzung des Originaltextes durch den Autor, nur zur Information. Der autorisierte englische Originalbeitrag ist unter dem Titel „Changes in Family Income around the Time of Birth of Children in Germany between 1985 and 2004“, DOI 10.4232/10.CPoS-2010-03en bzw. URN urn:nbn:de:bib-cpos-2010-03en0, auf <http://www.comparativepopulationstudies.de> verfügbar.

Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft

www.comparativepopulationstudies.de

ISSN: 1869-8980 (Print) – 1869-8999 (Internet)

Published by / Herausgegeben von

Prof. Dr. Norbert F. Schneider

Layout and print: Federal Institute for
Population Research, Wiesbaden
(Germany)

Managing Editor / Redaktion

Frank Swiaczny

Copy Editor / Schlußredaktion

Dr. Evelyn Grünheid

**Scientific Advisory Board /
Wissenschaftlicher Beirat**

Jürgen Dorbritz (Wiesbaden)
Paul Gans (Mannheim)
Johannes Huinink (Bremen)
Dirk J. van de Kaa (Den Haag)
Marc Luy (Wien)
Notburga Ott (Bochum)
Peter Preisendörfer (Mainz)

Board of Reviewers / Gutachterbeirat

Martin Abraham (Erlangen)
Laura Bernardi (Lausanne)
Hansjörg Bucher (Bonn)
Claudia Diehl (Göttingen)
Andreas Diekmann (Zürich)
Gabriele Doblhammer-Reiter (Rostock)
Henriette Engelhardt-Wölfler (Bamberg)
E.-Jürgen Flöthmann (Bielefeld)
Alexia Fürnkranz-Prskawetz (Wien)
Beat Fux (Zürich)
Joshua Goldstein (Rostock)
Karsten Hank (Mannheim)
Sonja Haug (Regensburg)
Franz-Josef Kemper (Berlin)
Hans-Peter Kohler (Philadelphia)
Michaela Kreyenfeld (Rostock)
Aart C. Liefbroer (Den Haag)
Kurt Lüscher (Konstanz)
Dimiter Philipov (Wien)
Tomáš Sobotka (Wien)
Heike Trappe (Rostock)